

Sondermietbeitrag und Sonderbeitrag für Wohnungsnebenkosten – Covid-19

Diese Leistung verfolgt den Zweck, **während des epidemiologischen Notstandes COVID-19** Personen und Familien in der Überbrückung der finanziellen Schwierigkeiten mit einem Sondermietbeitrag Covid 19 und einem **Sonderbeitrag für Wohnungsnebenkosten zu unterstützen.**

Für denselben Zeitraum erhalten Personen und Familien auch einen Sondermietbeitrag Covid 19 und einen **Sonderbeitrag für Wohnungsnebenkosten.**

Wer kann ansuchen?

Es wird von den sonst geltenden Voraussetzungen für die Leistung (z.B. persönlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, Wohnsitz, ständigem Aufenthalt in Südtirol) abgesehen.

Anrecht auf die Leistung haben jene Familiengemeinschaften, welche im Zusammenhang mit dem epidemiologischen Notstand COVID-19, in den Monaten ab Februar 2020 in eine der folgenden Situationen geraten sind und **zwar zumindest mindestens ein Mitglied** der Familiengemeinschaft, als Arbeitnehmer (inkl. Saisonarbeiter) oder als Selbstständiger

- er ist von einer Aussetzung der Arbeitstätigkeit betroffen, beziehungsweise von einem Widerruf der vorgesehenen Wiederaufnahme derselben, oder

- kann die bestehende Arbeitstätigkeit aufgrund der vorgesehenen Einschränkungen nicht mehr ausüben, mit daraus folgendem Verlust der Einkommen aus diesen Tätigkeiten.

Der Beitrag zur Deckung der Mietkosten wird an Personen und Familien gewährt, die einen **regulären registrierten Mietvertrag** für Immobilieneinheiten zu Wohnzwecken abgeschlossen haben.

Personen und Familien, die ein Eigentumsrecht, ein Fruchtgenussrecht oder ein Wohnungsrecht an der von ihnen bewohnten Wohnung haben, wird nur der Beitrag zur Deckung der Wohnungsnebenkosten gewährt.

Die Leistung wird immer im vollen Umfang des von der Landesregierung angemessenen Mietbeitrags ausbezahlt (Beträge siehe Anlage).

Das Gesuch ist beim zuständigen Sozialsprengel (wo sich die Familiengemeinschaft ständig aufhält) zu stellen. Man fordert die Personen dazu auf, über Telefon oder E-Mail Kontakt mit dem Sprengel aufzunehmen. Siehe unter folgendem Link: http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/downloads/Mein_Sozialsprengel.pdf

In der Anlage 2 finden Sie die Liste der Sozialsprengel mit Telefonnummern und E-Mail-Adressen.

Das Gesuch um die Leistung ist auf dem von der zuständigen Landesabteilung dafür bereitgestellten Formular in vereinfachter Form/Selbsterklärung zu verfassen und kann mittels gewöhnlicher elektronischer Post übermittelt werden.

Es braucht keine EEEV (einheitliche Erhebung von Einkommen und Vermögen) sowie keine Angabe über sonstige Einnahmen und Vermögen und es wird keine Berechnung der wirtschaftlichen Situation vorgenommen.

Personen und Familien die bereits die Leistung "Beitrag für Miete und Wohnungsnebenkosten" erhalten, müssen nicht zum Sprengel, ihr Gesuch wird von Amts wegen für sechs Monate ab der Fälligkeit des Gesuches verlängert.

Sollte sich jedoch auch ihre Situation wegen Covid-19 geändert haben und sie die oben angeführten Voraussetzungen erfüllen, so können auch sie um diese Leistung ansuchen.

1. Beispiel: eine alleinlebende Person, welche ihre Arbeit verloren hat und keine andere staatliche oder Landesunterstützung erhält und in Bozen lebt, erhält:
 - Soforthilfe Covid 19: € 500 monatlich
 - Beitrag für Miete und Wohnungsnebenspesen: € 450 als Mietbeitrag und € 90 für Wohnungsnebenkosten
2. Beispiel: eine Familie - 4 Personen, wobei eine Person ihre Arbeit verloren hat und keine andere staatliche oder Landesunterstützung erhält, 2 Personen die minderjährig sind und eine Person den Haushalt führt:
 - Soforthilfe Covid 19: € 800 monatlich
 - Beitrag für Miete und Wohnungsnebenspesen: € 565 als Mietbeitrag und € 110 für Wohnungsnebenkosten

Die Ansuchen können **ab 24. April 2020** eingereicht werden

Die Leistung wird für **einen Zeitraum von drei Monaten** gewährt und monatlich ausbezahlt.

Zum Unterschied zu den anderen Leistungen der Finanziellen Sozialhilfe, kann um diese Leistung in der Notstandszeit, das ganzen Monat über angesucht werden und es wird immer der entsprechende Monat ausgezahlt, nicht wie sonst üblich, erst im Folgemonat, wenn das Gesuche nach dem 20 des Monats eingereicht wurde.

Soforthilfe Covid-19

Diese Leistung verfolgt den Zweck, **während des epidemiologischen Notstandes COVID-19** Personen und Familien in der Überbrückung der finanziellen Schwierigkeiten zu unterstützen.

Es wird von den sonst geltenden Voraussetzungen für die Leistung (z.B. persönlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, Wohnsitz, ständigem Aufenthalt in Südtirol) abgesehen.

Anrecht auf die Leistung haben jene Familiengemeinschaften, welche in Zusammenhang mit dem epidemiologischen Notstand COVID-19, in den Monaten ab Februar 2020 in eine der folgenden Situationen gekommen ist, und zwar mindestens ein Mitglied der Familiengemeinschaft, als Arbeitnehmer (inkl. Saisonarbeiter) oder als Selbstständiger:

- von einer Aussetzung der Arbeitstätigkeit betroffen, beziehungsweise von einem Widerruf der vorgesehenen Wiederaufnahme derselben, oder
- kann die bestehende Arbeitstätigkeit aufgrund der vorgesehenen Einschränkungen nicht mehr ausüben, mit daraus folgendem Verlust der Einkommen aus dieser Tätigkeit.

Kein Anrecht auf die Leistung haben Personen und Familien, welche im Moment der Gesuchstellung wirtschaftliche Leistungen zur Unterstützung des Einkommens beziehen, die von staatlichen Bestimmungen oder Landesbestimmungen aufgrund des epidemiologischen Notstandes COVID-19 vorgesehen sind.

Die Voraussetzungen sind **im Gesuchsformular als Ersatzerklärung zu erklären**; diese Erklärungen unterliegen den von den geltenden Bestimmungen vorgesehenen Kontrollen.

Die Leistung beträgt 500,00 Euro für den Antragsteller zuzüglich 100,00 Euro für jedes weitere Mitglied, welches im Moment der Gesuchstellung keine steuerpflichtigen Einnahmen bezieht, bis zu einem maximalen Betrag von 800,00 Euro monatlich pro Familiengemeinschaft.

Das Gesuch ist beim zuständigen Sozialsprengel (wo sich die Familiengemeinschaft ständig aufhält) zu stellen. Man fordert die Personen dazu auf, über Telefon oder E-Mail Kontakt mit dem Sprengel aufzunehmen. Siehe unter folgendem Link: http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/downloads/Mein_Sozialsprengel.pdf

(In der Anlage 1 finden Sie die Liste der Sozialsprengel mit Telefonnummern und E-Mail-Adressen.)

Das Gesuch um die Leistung ist auf dem von der zuständigen Landesabteilung dafür bereitgestellten Formular in vereinfachter Form/Selbsterklärung zu verfassen und kann mittels gewöhnlicher elektronischer Post übermittelt werden.

Es braucht keine EEVE (einheitliche Erhebung von Einkommen und Vermögen) sowie keine Angabe über sonstige Einnahmen und Vermögen und es wird keine Berechnung der wirtschaftlichen Situation vorgenommen.

Zum Unterschied zur Leistung „Soziales Mindesteinkommen“ wird von der Beteiligung der erweiterten Familiengemeinschaft abgesehen.

Die Ansuchen können **ab 24. April 2020** eingereicht werden

Die Leistung wird für einen **Zeitraum von drei Monaten gewährt** und monatlich ausbezahlt.

Zum Unterschied zu den anderen Leistungen der Finanziellen Sozialhilfe, kann um diese Leistung in der Notstandszeit, das ganzen Monat über angesucht werden und es wird immer der entsprechende Monat ausgezahlt, nicht wie sonst üblich, erst im Folgemonat, wenn das Gesuche nach dem 20 des Monats eingereicht wurde.

Personen und Familien die bereits die Leistung „Soziales Mindesteinkommen“ erhalten, müssen nicht zum Sprengel, ihr Gesuch wird von Amts wegen für die gleiche Anzahl von Monaten wie der vorhergehende Gewährungszeitraum verlängert.

<p>* ENTSCHEIDUNG des Fachbeirates <input type="checkbox"/> des Sachbearbeiters <input type="checkbox"/></p> <p>Nr- _____</p> <p>Vom _____</p>	<p>* PROTOKOLLSTEMPEL</p> <p>_____</p> <p>Nr. _____</p>	<p>_____</p> <p>* Antrag Nr.</p> <p>_____</p> <p>Sachbearbeiter</p>
---	--	--

* DEM AMT VORBEHALTEN

**ANTRAG UM AUßERORDENTLICHE FINANZIELLE SOZIALHILFE ANBETRACHT
DES EPIDEMIOLOGISCHEN NOTSTANDES AUFGRUND DES COVID-2019**

ERSATZERKLÄRUNG IM SINNE
des Art. 5 des L.G. Nr. 17/93, in geltender Fassung

Der/die Unterfertigte.....
(Nachname und Name)

geboren in am.....

ansässig/mit Sitz in Straße Nr.

PLZ Ortschaft - Prov.

Steuernummer

Tel. e-mail

für sich und seine Familiengemeinschaft

oder für:*

* nur im Fall von Vormundschaft oder Sachwalterschaft

Nachname und Name.....

geboren in am.....

ansässig/mit Sitz in Straße Nr.

PLZ Ortschaft - Prov.

Steuernummer

Tel. e-mail

<p><input type="checkbox"/> Soforthilfe Covid-19</p> <p><input type="checkbox"/> Miete und Wohnungsnebenkosten Covid-19</p>

IBAN für die Zahlung der Leistungen

.....

Lautend auf den Namen

.....

Der/die Antragsteller/in erklärt für sich und im Auftrag der weiteren dazugehörigen Mitglieder der eigene Familiengemeinschaft, folgende Fakten, die Voraussetzung zum Ansuchen sind:

Die De-Facto Familiengemeinschaft besteht aus folgenden zusammenlebenden Familienmitgliedern:

Name/Nachname	Steuernummer	Verwandtschaftsgrad mit dem Nutzer	Bezieht steuerpflichtige Einnahmen im Moment der Gesuchstellung* Ja/Nein

* Nur für die Leistung "Soforthilfe COVID-19"

Zutreffendes ankreuzen

(Vor- und Nachname)

ist Arbeitnehmer oder Selbstständiger im Bereich.....
und hat das Einkommen aus diesen Tätigkeiten verloren aufgrund:

einer Aussetzung/einem Verlust der Arbeitstätigkeit
Tätigkeit:

Widerruf der vorgesehenen Wiederaufnahme/Keine Aufnahme der Arbeitstätigkeit
Tätigkeit:

Unfähigkeit, die bestehende Arbeitstätigkeit aufgrund der vorgesehenen Einschränkungen auszuüben
Tätigkeit:ab dem
Monat:

Der/die Antragsteller/in erklärt, dass kein Mitglied der eigenen Familiengemeinschaft einen noch nicht entschiedenen Antrag für die sog. Leistung „Reddito di cittadinanza“ laut Artikel 1 des G.D. Nr. 4/2019 gestellt hat oder diese Leistung zur Zeit bezieht.

Nur für die Leistung "Soforthilfe COVID-19"
kein Mitglied der eigenen Familiengemeinschaft bezieht im Moment der Gesuchstellung wirtschaftliche Leistungen zur Unterstützung des Einkommens, die von staatlichen Bestimmungen oder Landesbestimmungen aufgrund des epidemiologischen Notstandes COVID-19 vorgesehen sind.

Ich erkläre, dass alle im Gesuch gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und dass keine wichtigen Angaben verschwiegen worden sind.

Ich erkläre, im Sinne des Art. 76 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, aufgeklärt worden zu sein und mir bewusst zu sein, dass ich, laut Strafgesetzbuch und Sondergesetzen, für alle unwahren oder unvollständigen Angaben und für die Vorlage falscher Urkunden strafrechtlich verantwortlich bin und dass ich unrechtmäßig bezogene Leistungen rückerstatten muss.

Ich ermächtige diese Körperschaft bei den zuständigen Stellen unmittelbar zu kontrollieren ob die gelieferten Daten der Wahrheit entsprechen. Sie kann auch bei Kreditinstituten oder sonstigen Finanzvermittlern (Banken namentlich anführen: _____) nachforschen und bei diesen Informationen über Geschäftsbeziehungen einholen.

Aufklärung im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung)

Das vorliegende Formular ist VOLLSTÄNDIG auszufüllen. Alle im Formular geforderten Angaben gelten als zwingend anzugeben und unerlässlich. Nicht vollständig ausgefüllte Formulare sind im Sinne des Art. 44, Abs. 5 des D.LH. Nr. 30/2000, in geltender Fassung, wirkungslos und man hat kein Anrecht auf eine Leistung.

Die von der betroffenen Person angegebenen Daten (meldeamtliche Daten, familiäre, soziale, wirtschaftliche und Arbeitssituation), einschließlich besonderer Kategorien personenbezogener Daten (z.B. Invalidität, Pflegebedürftigkeit, Bezug von Entschädigungen oder Renten aufgrund der Einschränkung) werden, auch in digitaler Form (unter Einhaltung der technischen und organisatorischen Sicherheitsmaßnahmen gemäß der EU-Verordnung zum Schutz personenbezogener Daten und durch geeignete Verfahren zur Gewährleistung der Vertraulichkeit) im notwendigen Ausmaß ausschließlich zu institutionellen Zwecken für die Erfordernisse des Landesgesetzes 13/1991, und insbesondere der Artikel 7 und 7/bis, und des DLH 30/2000, in geltender Fassung, von der Verwaltung des Dienstes, und jedenfalls unter Berücksichtigung der in der Verordnung (EU) 2016/679 erhaltenen Vorschriften, verarbeitet.

Im Sinne des Art. 13, Absatz 1, Buchstabe e) der Verordnung (EU) 2016/679 können der Rechtsinhaber (Verantwortlicher), die Auftragsverarbeiter und die verantwortlichen Sachbearbeiter Kenntnis über die persönlichen Daten erhalten. Die Daten können im notwendigen Ausmaß zur Erfüllung einer Gesetzesverpflichtung und jedenfalls unter Berücksichtigung der in derselben Verordnung enthaltenen Vorschriften, an Subjekte, die in der öffentlichen Verwaltung tätig sind und im Allgemeinen an alle Trägerkörperschaften, an welche die Mitteilung zur Erreichung der institutionellen Zwecke notwendig ist, sowie jenen Personen, die Inhaber des Aktenzugriffsrechtes sind, weitergeleitet werden. Insbesondere können lediglich die meldeamtlichen Daten sowie jene betreffend die Beanspruchung von Sozialleistungen von anderen Trägerkörperschaften der Sozialdienste ausschließlich zur Erfüllung von gesetzlichen Pflichten und aufgrund der entsprechenden Vereinbarung im Sinne des Art. 58 Abs. 2 GvD Nr. 82/2005 genutzt werden.

Im Sinne der der Verordnung (EU) 2016/679 hat die betroffenen Person folgende Rechte: von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob die betreffenden personenbezogenen Daten verarbeitet werden und, ist dies der Fall, auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten, Auszüge und Auskunft in verständlicher Form darüber zu erhalten, die Anonymisierung der Daten zu verlangen, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen (der Widerruf der Einwilligung berührt nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung aufgrund der Einwilligung vor dem Widerruf), das Recht auf Information über die Herkunft der personenbezogenen Daten, den Zweck und die Art der Verarbeitung sowie die angewandte Logik, wenn die Verarbeitung mit Hilfe elektronischer Mittel erfolgt, die personenbezogenen Daten zu berichtigen, zu vervollständigen und/oder zu löschen, ihre Verarbeitung einzuschränken oder abzulehnen, sowie das Recht, Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzureichen.

Die Daten werden so lange verarbeitet, wie es für die Erfüllung des Rechtsverhältnisses zwischen den Parteien erforderlich ist und werden für einen Zeitraum von 10 Jahren aufbewahrt, es sei denn, dass es gesetzlich ausdrücklich anders vorgesehen ist.

I dati saranno trattati per tutto il tempo necessario allo svolgimento del rapporto giuridico in essere tra le parti e saranno conservati per un periodo di 10 anni, salvo diversa e specifica disposizione normativa. Verantwortlicher der Datenverarbeitung ist im Sinne des Art. 13, Abs. 1, Buchstabe a) der Verordnung (EU) 2016/679 _____ in der Person des gesetzlichen Vertreters *pro tempore*.
Kontaktdaten: _____.

Verantwortlich für die Bearbeitung von Beschwerden gemäß Verordnung (EU) 2016/679 ist _____. Der Datenschutzbeauftragten (DSB) ist _____ Kontaktdaten: _____.

Hinsichtlich der Beauftragung zur Lieferung, Betreuung und Wartung der Daten ist der Verantwortliche für die Verarbeitung, die SIAG – Informatica Alto Adige SpA, in Person des Präsidenten und gesetzlichen Vertreters *pro tempore*.

Datum

Unterschreibt den Antrag und bestätigt die erhaltene Aufklärung
im Sinne der Verordnung (EU) 2016/679

DEM AMTE VORBEHALTEN

Zum Nachweis der Identität des/der Antragstellers/in liegt, im Sinne der Art. 21 und 38 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, die Kopie eines gültigen Ausweises bei.

Datum

Der verantwortliche Sachbearbeiter

Anlage

Ausweis und Steuernummer jedes Familienmitglieds und IBAN für die Auszahlung der Leistung

Nur für die Leistung Miete und Wohnungsnebenkosten Covid-19

Mietvertrag

Eigenerklärung der Voraussetzungen laut Art. 20 des D.LH 30/2000 (Formular "ALL. 1")

Integrazione alla domanda di cui all'art. 20 del DPGP n. 30/2000

Ergänzung zum Gesuch laut Art. 20 DLH Nr. 30/2000

ERSATZERKLÄRUNG

im Sinne des Art. 5 des L.G. Nr. 17/93, in
geltender Fassung

DICHIARAZIONE SOSTITUTIVA

ai sensi dell'art. 5 della L.P. n. 17/93 e successive
modifiche

**Die/Der Unterfertigte (Antragsteller/in laut Art. 20 Abs. 8 DLH Nr. 30/2000)
La/il sottoscritta/o (il/la richiedente ai sensi dell'art. 20, co. 8 DPGP n. 30/2000)**

Name und Vorname – cognome e nome

Steuernummer – codice fiscale

_____/_____/_____
geboren am – nata/o il

geboren in – nata/o a

Cittadinanza/Staatsbürgerschaft

erklärt für sich und, im Auftrag aller weiteren zur Familiengemeinschaft gehörenden Mitglieder, auch für dieselben folgende Fakten, die Voraussetzung zum Ansuchen um den „Beitrag für Miete und Wohnungsnebenkosten“ laut Artikel 20 des DLH vom 11. August 2000, Nr. 30, sind:

dichiara per sé e, su incarico di tutti i componenti del nucleo familiare, anche per questi, i seguenti fatti, presupposti per la domanda di “contributo al canone di locazione e per le spese accessorie” di cui all'articolo 20 del decreto del Presidente della Giunta provinciale 11 agosto 2000, n. 30:

(Zutreffendes ankreuzen - barrare la casella)

<input type="checkbox"/> einen <u>regulären registrierten Mietvertrag</u> für eine in Südtirol befindliche Immobilieneinheit zu Wohnzwecken abgeschlossen zu haben.	<input type="checkbox"/> di aver stipulato un <u>regolare contratto di locazione registrato</u> per unità immobiliare ad uso abitativo sita in provincia di Bolzano:
<input type="checkbox"/> <u>kein</u> Eigentums-, Fruchtgenuss- oder Wohnungsrecht an einer in Südtirol befindlichen Immobilieneinheit zu Wohnzwecken von 50% und mehr zu haben; dasselbe gilt für die Mitglieder der Familiengemeinschaft oder <input type="checkbox"/> ein diesbezügliches Recht in den letzten fünf Jahren vor Antragstellung <u>nicht</u> verschenkt zu haben, ausgenommen Schenkungen zugunsten von Ehegatten/Ehegattinnen und jene zum Zweck einer Vergütung, was ausdrücklich aus dem Schenkungsvertrag hervorgehen muss.	<input type="checkbox"/> di <u>non</u> avere lui/lei stesso/a o i componenti del nucleo familiare un diritto di proprietà, usufrutto o abitazione, o di non essere contitolare/i di un tale diritto per una quota pari o superiore al 50% su un'unità immobiliare ad uso abitativo sita in provincia di Bolzano oppure <input type="checkbox"/> di <u>non</u> aver donato avere lui/lei stesso/a o i componenti del nucleo familiare un tale diritto negli ultimi cinque anni precedenti alla presentazione della domanda, eccetto le donazioni a favore del coniuge e quelle che da contratto risultano espressamente remuneratorie.
<input type="checkbox"/> dass die Verwandten ersten Grades – bezogen auf volljährige Familienmitglieder – <u>kein</u> Eigentums-, Fruchtgenuss- oder Wohnungsrecht an einer Zweitwohnung in Südtirol zu 50 Prozent oder mehr haben. Oder, sofern sie ein Eigentumsrecht über 50% haben, diese Immobilieneinheit: <input type="checkbox"/> mit einem Wohnungsrecht oder einem anderen dinglichen Nutzungsrecht (z.B. Fruchtgenuss) belastet ist. <input type="checkbox"/> die Wohnung an Personen vermietet ist, die mit dem Eigentümer bis zum 3. Grad verwandt oder verschwägert sind.	<input type="checkbox"/> che i parenti di primo grado – in riferimento ai componenti maggiorenni del nucleo familiare – <u>non</u> hanno un diritto di proprietà, usufrutto o abitazione, per una quota complessivamente pari o superiore al 50%, su seconde case, site in provincia di Bolzano. oppure se sono titolari di un diritto di proprietà per una quota complessivamente pari o superiore al 50%, questa unità immobiliare: <input type="checkbox"/> è oggetto di un diritto di abitazione o di un altro diritto reale di godimento (per es. usufrutto) <input type="checkbox"/> è stata locata a persone che abbiano un rapporto di parentela o affinità con il/la proprietario/a fino al 3° grado.

Die/Der Unterfertigte erklärt weiters,

La/il sottoscritta/o dichiara inoltre,

dass die gemietete Wohnung nicht dem Wohnbauinstitut, einer Gemeinde, sozio-sanitären Einrichtungen oder anderen öffentlichen Körperschaften, die auch im Sozialbereich tätig sind, gehört

dass die gemietete Wohnung sich nicht im Eigentum oder im Fruchtgenuss von Verwandten 1° Grades oder Verschwägerten 1° Grades befindet

den meldeamtlichen Wohnsitz in der gemieteten Immobilieneinheit zu haben

in der gemieteten Immobilieneinheit zu leben

dass die Familienmitglieder in der gemieteten Immobilieneinheit leben

nicht Student/Studentin zu sein (Anmietung aus Studiengründen)

die Miete bisher immer bezahlt zu haben

die Wohnungsnebenkosten bisher immer bezahlt zu haben

dass ihr/ihm in den vorhergehenden 5 Jahren vor Gesuchstellung keine Wohnung des Wohnbauinstitutes oder einer anderen öffentlichen Körperschaft zugewiesen wurde, und diese nicht abgelehnt oder zurückgegeben oder widerrufen wurde.

che l'alloggio locato non è di proprietà dell'Istituto per l'Edilizia Sociale, del Comune o di altri enti pubblici attivi anche in ambito sociale o di strutture sociosanitarie.

che l'unità immobiliare non è di proprietà o di usufrutto di parenti di 1° grado o affini di 1° grado

di avere la residenza anagrafica nell'unità immobiliare locata

di vivere nell'unità immobiliare locata

che i componenti del proprio nucleo familiare vivono nell'unità immobiliare locata

di non essere studente/studentessa (locazione per motivi di studio)

di avere finora sempre pagato il canone di locazione previsto

di avere finora sempre pagato le spese accessorie

che nei 5 anni precedenti alla presentazione della domanda non le/gli è stato assegnato un alloggio dell'Istituto per l'Edilizia Sociale o di altro Ente Pubblico e vi ha rinunciato o l'ha restituito/è stato revocato.

Der/Die Unterfertigte erklärt, dass alle im Gesuch gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und dass keine wichtigen Angaben verschwiegen worden sind. Der/Die Unterfertigte erklärt, über die Folgen und Sanktionen laut Artikel 76 des D.P.R. Nr. 445/2000, in geltender Fassung, aufgeklärt worden zu sein und sich bewusst zu sein, dass er/sie, laut Strafgesetzbuch und Sondergesetzen, für alle unwahren oder unvollständigen Angaben und für die Vorlage falscher Urkunden strafrechtlich verantwortlich ist und dass er/sie unrechtmäßig bezogene Leistungen rückerstatten muss. Der/Die Unterfertigte erklärt weiters in Kenntnis der Folgen einer unrechtmäßigen Inanspruchnahme von wirtschaftlichen Vergünstigungen laut Artikel 2b/s des Landesgesetzes Nr. 17/1993, in geltender Fassung, zu sein. Der/Die Unterfertigte verpflichtet sich, jede Änderung betreffend die Zusammensetzung der Familiengemeinschaft unmittelbar mitzutellen.

Il/La sottoscritto/a dichiara che tutte le informazioni riportate nel presente modulo corrispondono a verità e che non sono stati omessi dati importanti. Il/La sottoscritto/a dichiara di essere stato/a avvertito/avvertita delle conseguenze e sanzioni di cui all'art. 76 del D.P.R. n. 445/2000, e successive modifiche, e di essere consapevole della conseguente responsabilità penale prevista dal codice penale e dalle leggi speciali in materia, in caso di dichiarazioni false ed incomplete nonché dell'uso di atti falsi, a cui segue l'obbligo di legge della restituzione della prestazione indebitamente usufruita. Il/La sottoscritto/a dichiara di essere a conoscenza delle conseguenze di un'indebita percezione di vantaggi economici previste dall'articolo 2b/s della legge provinciale 22 ottobre 1993, n. 17, e successive modifiche. Il/La sottoscritto/a si impegna inoltre a comunicare immediatamente qualsiasi variazione attinente alla composizione del nucleo familiare.

Datum – data

Unterschrift für den Antrag u. die Bestätigung der erhaltenen Aufklärung im Sinne des Gvt.D, Nr. 196/2003, in geltender Fassung
Firma della domanda e firma per ricevuta informativa (d.lgs. n. 196/2003 e successive modifiche)

Datum – data

(Der/die verantwortliche Sachbearbeiter/-in – Il/la funzionario/a responsabile)